

Vorsicht Medien-Falle!

• Bekanntlich schweigen die meisten „politisch korrekten“ Medien, pro Köln und pro NRW entweder tot – oder es gibt unfaire und einseitige Heizerartikel.

Eine sachlich-kritische Auseinandersetzung mit unseren Inhalten gibt es praktisch gar nicht, ebenso wenig wie normale Interviews mit unseren Vertretern. Immer wieder werden sogar falsche Tatsachenbehauptungen in den Medien über uns verbreitet, gegen die wir uns in zeitraubenden und kostenintensiven Prozessen wehren müssen. Von einer ähnlichen „Berichterstattung“ kann man mit Sicherheit bei unserem großen Anti-Islamisierungskongress ausgehen: Schon im Vorfeld gab es bizarre und ehrverletzende Falschmeldungen aller

Art, um diese demokratisch legitime politische Meinungsäußerung zu diffamieren. So gab es bereits aufgeregte Berichte über vermeintliche oder auch tatsächliche Extremisten, die angeblich an unserem Kongress teilnehmen sollen, die in Wirklichkeit aber gar nicht eingeladen sind! Der Zweck dieser Berichterstattung, die sich nach dem Kongress wahrscheinlich noch weiter ins Negative verstärken wird, ist klar: Unser legitimes demokratisches Anliegen soll verunglimpft werden. Alle seriösen Kritiker einer ungehemmten Islami-

sierung unseres Landes sollen diffamiert werden. Frei nach dem Motto des chinesischen Kommunistenführers Mao Tse-tung: „Strafe einen, erziehe hunderte!“ Doch immer mehr mündige Bürger bilden sich ihre eigene Meinung und informieren sich aus verschiedenen Quellen. Genau darum bitten auch wir Sie! Nutzen Sie die Möglichkeiten, sich im Internet aus erster Hand zu informieren: www.pro-koeln.org www.pro-nrw.org www.kongress.pro-nrw-online.de Oder fordern Sie mit dem unten stehenden Coupon in dieser Zeitung per Post weitere kostenlose und unverbindliche Informationen der patriotischen pro-Bewegung an.



Auf nach Köln!

Sehr geehrte Damen und Herren, Europa steht heute an einem Scheideweg! Durch das Versagen der politischen Eliten in den letzten 30 Jahren hat es eine massive Zuwanderung von außereuropäischen Gastarbeitern gegeben. Egal ob nach Deutschland, nach Österreich oder in andere Staaten Westeuropas. Der wirtschaftliche Profit war dafür die Hauptantriebsfeder. Billige Arbeitskräfte waren gefragt und was am Anfang nur als ein kurzes Gastarbeitergastspiel gedacht war, hat sich zu einer Massenmigration entwickelt. Wenn wir uns die Ballungszentren in Europa ansehen, so zeigt sich immer öfter dasselbe, traurige Bild! Ganze Stadtviertel sind heute mit Zuwanderern aus aller Herren Länder bevölkert und zu einem Gutteil sind diese Zuwanderer nicht bereit sich den hiesigen Sitten und Gebräuchen unterzuordnen. Ganz im Gegenteil! Parallelgesellschaften, ja sogar Gegengesellschaften haben sich in unseren Städten entwickelt. Gerade die Zuwanderer aus islamischen Ländern - oft auch Jugendliche der zweiten und dritten Generation - die

hier mangels Ausbildung und Berufschancen sehr oft vom „rechten Weg“ abkommen, finden in den Moscheen und Gebetshäusern oftmals jenen Rückhalt, den sie sonst nirgendwo mehr finden. Die Parallelwelten der Zuwanderer zeigen mehr als alles andere das ganze Elend der europäischen Zuwanderungspolitik seit Jahrzehnten: die Unfähigkeit, jene Ausländer ins Land zu holen, die man dringend braucht; das Versagen, jene Ausländer zu integrieren, die schon im Land leben; und die Hilflosigkeit, wenn es darum geht, jene Ausländer aus dem Land zu bekommen, die ihr Gastrecht mißbrauchen - als Scheinasylanten, als Kriminelle, Terroristen oder als Drogendealer. Fundamentalistische Imame machen sich dieses Vakuum zu Nutzen und so erleben wir heute einen massiven Anstieg der religiös motivierten Gewalt. Heute gilt es Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Es ist notwendig Flagge zu zeigen. Es hat keinen Sinn, und wir dürfen es nicht zulassen, dass die schweigende Mehrheit resignierend zu Hause sitzt und vor unseren Häusern Moscheen errichtet werden, in unseren Schulen die eigenen Kinder als „Schweinefleischfresser“ beschimpft werden, dass unsere

Töchter den gierigen Blicken und Händen ganzer Zuwandererhorden ausgesetzt sind, weil diese keinerlei Verständnis für die Rolle der Frau in unserer Gesellschaft haben. Und es ist unsere Pflicht und Schuldigkeit unserem Land, unserem Europa und unserer abendländischen Kultur wieder ein Stück seiner Würde zurückzugeben. Am 19. Bis 20. September findet in Köln ein Anti-Islamisierungskongress statt. Patrioten aus ganz Europa werden daran teilnehmen. Lassen sie sich die Chance nicht entgehen, abseits der etablierten Journalistenmeinungen die Debattenbeiträge zu zeigen. Es hat keinen Sinn, und wir dürfen es nicht zulassen, dass die schweigende Mehrheit resignierend zu Hause sitzt und vor unseren Häusern Moscheen errichtet werden, in unseren Schulen die eigenen Kinder als „Schweinefleischfresser“ beschimpft werden, dass unsere

Ich werde jedenfalls da sein!
Heinz-Christian „HC“ Strache
 FPÖ-Vorsitzender
 und Oppositionsführer
 im Österreichischen Nationalrat

Impressum:

V.i.S.d.P.:
 Markus Beisicht,
 Gartenstraße 3,
 51379 Leverkusen
 Satz: Medienservice
 Bernd M. Schöppe,
 Peter-Franzen-Str. 27,
 50827 Köln

Ich will's wissen

Vor- und Zuname
 Straße & Haus-Nr.
 PLZ & Wohnort
 Telefon

- Bitte nehmen Sie mich in den Verteiler für „pro Köln“ auf!
- Bitte nehmen Sie mich in den Verteiler für „pro NRW“ auf!
- Bitte schicken Sie mir Antiislamisierung-Aufkleber (siehe oben)!
- Ich möchte mit Ihnen Kontakt aufnehmen. Bitte rufen Sie mich an.

Bitte ausschneiden und einsenden an:
 Markus Beisicht, Postfach 300236, 51331 Leverkusen, Tel: 02171/404949 • Fax: 0221/99888-2274

Städte gegen die Islamisierung

• Das Städtebündnis gegen die Islamisierung wurde im Januar 2008 in der flämischen Hafenmetropole Antwerpen von den erfolgreichsten patriotischen Parteien Europas gegründet.

Federführend dabei waren der Vlaams Belang, die zweitstärkste Partei im benachbarten Flandern mit z. B. über 30 Prozent in Antwerpen, die österreichische FPÖ (laut aktuellen Wahlumfragen bei rund 17 Prozent landesweit) und die westdeutsche pro-Bewegung, die ihr Herz in Köln hat. Dort erreichte pro Köln im Jahr 2004 auf Anhieb mit knapp 5 Prozent der Stimmen den Einzug in Fraktionsstärke in die Millionenstadt Köln. Von der Domstadt ausgehend haben sich dann viele weitere engagierte Demokraten und heimatbewußte kommunale Mandatsträger in ganz Nordrhein-Westfalen in der Bürgerbewegung pro NRW zusammengeschlossen.



Die inzwischen über 1.000 Mitglieder der Bürgerbewegungen pro Köln und pro NRW werden im kommenden Jahr in zahlreichen Städten und Kreisen zur Kommunalwahl antreten, um den Bürgern endlich eine echte Alternati-

ve zu den verbrauchten und verfilzten Altparteien bieten zu können: In Köln visiert pro Köln dabei ein zweistelliges Ergebnis an, während pro NRW zum Sprung in zahlreiche Kommu-

nalparlamente im Rheinland, im Ruhrgebiet, in Ostwestfalen und weiteren Regionen unseres Bundeslandes ansetzt. Im Juni 2009 haben die Bürger also die Gelegenheit, Nein zur Islamisierung und Überfremdung ihrer Heimatstädte zu sagen, und statt dessen eine bürger-nahe, soziale und wirklich demokratische Politik einzufordern. Dies muß die Bot-schaft der nächsten Kommunalwahl sein, damit dann im Jahr 2010 auch bei der Landtagswahl an Rhein und Ruhr ein echtes politisches Erdbeben möglich wird!

Dafür stehen

pro Köln:

- Für ein weltoffenes Köln, aber gegen islamische Parallelgesellschaften**
 Keine Großmoschee nach Köln
 Türkisch-islamische Ghettobildungen verhindern
 Islamistische Hassprediger unverzüglich ausweisen
 Mehr Integration durch verpflichtende Deutschkurse für Ausländer
 Maximal 30 % Kinder ausländischer Herkunft in den Schulklassen
- Köln als sichere Stadt, in der man sich wieder wohlfühlen kann**
 Härteres Vorgehen gegen Vandalismus, Graffiti und die Vermüllung unserer Stadt
 Keine forensischen Kliniken in Wohngebieten
 Mehr Unterstützung von Familien und keine Schließung von Kinderhorten
 Intelligente Verkehrsleitsysteme
 Mehr Mitbestimmung der Bürger bei politischen Entscheidungen
- Für eine soziale, aber wirtschaftlich sinnvolle Finanzpolitik für Köln**
 Kein Geld für: Multi-Kulti-Prestigeobjekte wie Großmoscheen, islamische Kulturvereine u.ä.
 Den städtisch eingerichteten Drogenstrich und Fixerstuben
 Mehr Geld für: Schulen, Kindergärten und Spielplätze, Schwimmbäder und andere soziale und kulturelle Einrichtungen

pro NRW:

- Für ein friedliches Miteinander, aber gegen Überfremdung**
 Konsequente Abschiebung krimineller Ausländer
 Keine Duldung illegal eingereister Scheinasylanten
 Keine Kopftücher an Schulen und Universitäten
 Keine Großmoscheen nach Nordrhein-Westfalen
- Für Sicherheit durch Recht und Ordnung**
 Mehr Polizeistreifen, konsequente Bekämpfung von Kriminalität
 Opferschutz vor Täterschutz
 Härtere Strafen für gewalttätige Jugendbanden
- Für ein soziales Land, in dem man sich wieder wohl fühlt**
 Direkte Demokratie wagen:
 Mehr Mitbestimmung der Bürger bei politischen Entscheidungen!
 Mehr Unterstützung von Familien, gegen die Schließung von Kinderhorten!
 Mehr Geld für Schulen, Kindergärten, Spielplätze, Schwimmbäder und andere soziale und kulturelle Einrichtungen!
 Kein Geld für Multi-Kulti-Prestigeobjekte wie Großmoscheen, islamische Kulturvereine u.a.!
 Keine bevorzugte finanzielle Förderung von Lesben- und Schwuleneinrichtungen!
 Bekämpfung des Missbrauchs unserer Sozialsysteme!



Anti-Islamisierungskongress 19./20.9.2008

Große öffentliche Veranstaltung auf dem Roncalliplatz direkt am Dom mit dem Bundstagsabgeordneten Henry Nitzsche, dem österreichischen Oppositionsführer HC Strache und weiteren prominenten Gäste aus dem europäischen Ausland.

Nein zur Islamisierung!



Nein zur Kölner Großmoschee!



gemeinsam mit:

www.citiesagainstislamisation.com

Nein zur Islamisierung! Nein zur Kölner Großmoschee!

• Große öffentliche Veranstaltung auf dem Roncalliplatz direkt am Dom mit dem Bundestagsabgeordneten Henry Nitzsche, dem österreichischen Oppositionsführer HC Strache und weiteren prominenten Gäste aus dem europäischen Ausland. •

Vom 19. bis zum 20. September wird in Köln der bereits international angekündigte Anti-Islamisierungskongress von pro Köln und pro NRW stattfinden. In Zusammenarbeit mit dem europäischen Städte-Bündnis „gegen die Islamisierung“ und der Freiheitlichen Partei Österreichs FPÖ sowie der flämischen Volkspartei Vlaams Belang

Sehr geehrte Damen und Herren,



der Kölner Anti-Islamisierungskongress soll in die Geschichte eingehen, als der Tag, an dem europäische Patrioten aufstanden, um der islamischen Erstürmung unserer Vaterländer endlich Einhalt zu gebieten. Die Gefahr der Islamisierung ist kein ausschließlich deutsches, französisches oder belgisches Problem. Es ist europäisches. Überall in Europa fordern integrationsunwillige Einwanderer mehr und mehr Zugeständnisse an ihre Religion. Was sie fordern, ist Toleranz. Was sie wollen, sind islamische Parallelgesellschaften, mitten im Herzen unseres christlichen Abendlandes. Parallelgesellschaften, in denen geltendes Recht ignoriert und unsere Kultur mit Füßen getreten wird. Anstatt die gemeinsamen europäischen Werte gegen diese Auswüchse zu schützen, geben unsere Regierungen den Forderungen der Islamisten unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit und im verblendeten Multi-Kulti-Wahn nach. Von der eigenen Bevölkerung verlangt man hingegen, daß sie freiwillig und unter Preisgabe ihrer Identität zur Minderheit im eigenen Land wird. Aber noch sind wir die Mehrheit in Europa! Laßt uns mit einer Stimme sprechen, dann können die Regierungen uns nicht mehr überhören! Wir Europäer sind verbunden durch eine gemeinsame christlich-abendländische Tradition. Nicht weniger gilt es zu bewahren!

Ihr Henry Nitzsche
Mitglied des Deutschen Bundestages

wird am 20. September eine politische Großveranstaltung am Roncalliplatz direkt am Kölner Dom durchgeführt werden. Unter dem Motto „Nein zur Islamisierung! Nein zur Kölner Großmoschee!“ werden mehr als 1.000 Besucher in unmittelbarer Nähe des traditionellen Kölner Wahrzeichens erwartet. Zuvor werden am Freitag die inhaltlichen Beratungen zum Thema Islamisierung und Kölner Großmoschee sowie eine internationale Pressekonferenz stattfinden, zu denen neben den besagten Politikern auch zahlreiche islamkritische Publizisten erwartet werden.



Der Dom, der in stilisierter Form auch das Logo der Bürgerbewegung pro Köln ist, soll auch in Zukunft das Wahrzeichen Kölns bleiben!

Auf der Rednerliste dieses Großereignisses, das gleichzeitig der landesweite Auftakt zum Vorwahlkampf für die Kommunalwahlen 2009 in Köln und ganz Nordrhein-Westfalen sein wird, stehen neben dem Vorsitzenden von pro Köln und pro NRW Markus Beisicht u.a. auch der mehrmalige französische Präsidentschaftskandidat Jean Marie Le Pen, der Vlaams-Belang-Fraktionsvorsitzende Filip Dewinter, der österreichische Europaabgeordnete Andreas Mölzer, der FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky sowie Vertreter der italienischen Regierungspartei Lega Nord. Zusammen wollen die beteiligten Organisationen und Einzelpersonen ein unübersehbares Zeichen gegen die Islamisierung des Abendlandes und gegen die geplante schlagzeilenträchtige Kölner Großmoschee setzen, deren Genehmigungsverfahren seit Monaten arg ins Stocken geraten ist.

„Köln ist inzwischen zu einem symbolträchtigen Ort in der europäischen Auseinandersetzung mit der Islamisierung und Überfremdung des Abendlandes geworden“, meint dazu der Vorsitzende der pro-Bewegung, der 45jährige Rechtsanwalt Markus Beisicht. Die jahrelange Kampagne gegen die geplante Kölner Großmo-

schee habe Wirkung gezeigt - nach der CDU seien auch immer mehr Personen des öffentlichen Lebens „umgefallen“. Sogar angesehene etablierte Kommunalpolitiker wie der langjährige CDU-Ortsvorsitzende und stv. Bezirksbürgermeister von Köln-Ehrenfeld Jörg Uckermann seien inzwischen aus Protest gegen das Großmoschee-Vorhaben zur pro Köln bzw. pro NRW gewechselt. Und trotz intensiver Bemühungen des CDU-Oberbürgermeister Fritz Schramma, der gegen das Votum seiner eigenen Partei die Islamisierung der Domstadt vorantreiben wolle, stehe noch immer kein Baubeginn fest.

„Im Gegenteil: Wir haben zusammen mit den einheimischen Bürgern mächtig Sand ins Getriebe der Multikulti-Maschinerie gestreut. So gibt es weder einen genehmigten Bauantrag, noch ist überhaupt die Finanzierung der DITIB-Großmoschee im Detail gesichert. Denn im Gegensatz zu ähnlichen Moschee-Projekten kann sich die etablierte Politik in Köln aufgrund der hohen Sensibilität der Bevölkerung politisch keine öffentlichen Subventionen für das Islamisierungsvorhaben leisten.“

Und der Wahltermin 2009 rücke immer näher. „Mit jedem Monat, den wir gewinnen, schwinden die Chancen für ein neues islamisch-orientalisches Wahrzeichen der Stadt Köln!“ Die internationalen Gäste des Kongresses würden den pro-Köln-Forderungen weiter Nachdruck verleihen. „Das überregionale Medieninteresse wird gewaltig sein - und mit diesem Schub werden wir unmittelbar in den Vorwahlkampf für die NRW-Kommunalwahlen 2009 einsteigen!“



Pro Köln und Pro NRW werden am Samstag, den 20. September 2008, ab 12.00 Uhr gemeinsam mit Tausenden Bürgern aus Köln und ganz NRW auf dem Kölner Roncalliplatz - in unmittelbarer Nähe zum Dom - ein beeindruckendes Zeichen zum Erhalt unserer christlich-abendländischen, deutschen Leitkultur setzen. Unter dem Motto „Nein zur Islamisierung! Nein zur Kölner Großmoschee!“ soll den abgeordneten Politikern von CDU, SPD und Co. klar gemacht, wie die Mehrheit der einheimischen Bevölkerung in dieser Frage denkt: **Wir lassen uns nicht länger veralbern und nehmen unsere demokratischen Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit wahr!** Dabei erhalten wir alle umfangreiche Unterstützung von Patrioten aus Deutschland und ganz Europa, die gemeinsam mit uns für ein „Europa der Vaterländer“ und für unsere traditionellen europäischen Werte und Sitten eintreten. Aus dem Deutschen Bundestag wird der Abgeordnete Henry Nitzsche an diesem Tag nach Köln kommen, um uns seine Solidarität zu bekunden. Aus Österreich kommt sogar der Oppositionsführer und Vorsitzende der FPÖ, HC Strache. Beide wenden sich in dieser Zeitung mit Grußworten an die Bürger von Köln und ganz Nordrhein-Westfalen. Weitere bekannte europäische Politiker werden zudem den Kongress und die öffentliche Veranstaltung am Ron-

Anti-Islamisierungskongress: Großveranstaltung am 20. September auf dem Kölner Roncalliplatz!

calliplatz unterstützen: Neben Filip Dewinter, dem Fraktionsvorsitzender der zweitstärksten Partei Flandern Vlaams Belang, wird zum Beispiel der mehrmalige französische Präsidentschaftskandidat Jean Marie Le Pen ein Plädoyer für die Identität und Souveränität der europäischen Völker und Staaten abgeben. Für pro Köln und pro NRW wird der Vorsitzende, der 45jährige Rechtsanwalt Markus Beisicht, an diesem historischen Tag sprechen. Unterstützt von der Fraktionsvorsitzenden im Kölner Rat Judith Wolter und dem langjährigen stv. Bezirksbürgermeister und CDU-Vorsitzenden von Köln-Ehrenfeld, Jörg Uckermann. Mit dem Ex-CDU-Mann aus dem Stadtteil, in dem die Großmoschee gebaut werden soll, wird einer der bekanntesten Großmoscheekritiker nun öffentlich unter dem Dach der pro-Bewegung zum Stopp der Islamisierungspläne aufrufen. Ein weiteres Signal, daß pro Köln und pro NRW in dieser Frage die Mehrheitsmeinung des Volkes vertreten!

Neben den politischen Reden wird es am 20. September ab 12.00 Uhr auf dem Roncalliplatz übrigens auch ein musikalisches und kulturelles Rahmenprogramm geben, bei dem sich u.a. zahlreiche islamkritische Gruppen und Verlage vorstellen können. Auch dieser „Markt der Möglichkeiten“ ist ein einmaliges Ereignis für Köln und ganz NRW, zu dem alle interessierten Bürger herzlich eingeladen sind! Für Speis und Trank ist gesorgt!

Als Hauptredner treten auf:

Henry Nitzsche
Abgeordneter des Deutschen Bundestages

Filip Dewinter
VLAAMS BELANG
Fraktionsvorsitzender des Vlaams Belang im Belgischen Parlament

Markus Beisicht
PRO NRW
Vorsitzender der Bürgerbewegungen pro Köln und pro NRW

ausserdem erwarten wir:
Judith Wolter
pro-Köln-Fraktionsvorsitzende im Rat der Stadt Köln

Andreas Mölzer
FPO
österreichischer FPÖ-Europaabgeordneter

Jörg Uckermann
langjähriger stv. Bezirksbürgermeister und pro-Köln-Fraktionsvorsitzender in Köln-Ehrenfeld

Harald Vilimsky
FPO-Generalsekretär und österreichischer Nationalratsabgeordneter

Harald Neubauer
Publizist und Europaabgeordneter a.D.

Jean Marie Le Pen
FN
mehrmaliger französischer Präsidentschaftskandidat und FN-Vorsitzender

Mario Borghezio
LEGA NORD PADANIA
Europaabgeordneter der italienischen Regierungspartei Lega Nord

„HC“ Strache
FPO
Vorsitzender der FPÖ und österreichischer Oppositionsführer

**Großveranstaltung auf dem Kölner Roncalliplatz:
Nein zur Islamisierung!
Nein zur Kölner Großmoschee!
Samstag, 20. September, 14.00 Uhr**

www.pro-nrw.org

www.pro-koeln.org



Islamisierung und Türkisierung in Deutschland stoppen!

• Nach der Kölner Rede des islamistischen türkischen Ministerpräsidenten Erdogan weiß jeder, dass die Islamisierung und Türkisierung Deutschlands ein mit hoher Priorität vorangetriebenes Projekt der Türkei, also eines fremden Staates, ist. Die Türkei unterhält auf Regierungsebene ein „Amt für religiöse Angelegenheiten“, dessen Haushaltsmittel größer sind als die aller anderen Ministerien mit Ausnahme des Militärhaushalts. •

Bei dieser Behörde sind die Träger der Religion, die Imame, als Staatsbeamte zu zig Tausenden angestellt. Hunderte von ihnen werden alljährlich mit Zustimmung der Bundesregierung nach Deutschland geschickt und bleiben dort mehrere Jahre. Sie indoktrinieren in uns fremder Sprache die hier lebenden Muslime im Sinne der türkischen Staatsideologie; selbst die sogenannten Freitagsgebete

werden von Ankara vorgegeben. Die Imame haben demzufolge keinerlei eigenständigen Spielraum; sie verkünden ausschließlich die Botschaft ihrer Auftraggeber. Über eine außerordentlich mächtige staatliche Organisation namens DITIB bauen in Nordrhein-Westfalen nicht etwa hier ansässige autonome Muslim-Gemeinden, sondern der türkische Staat eine Groß-

moschee nach der anderen, so wie es zum Beispiel in Köln-Ehrenfeld versucht wird. Die DITIB wird unter Verstoß gegen diplomatische Regeln von der türkischen Botschaft in Berlin gesteuert und mischt massiv in der bundesdeutschen Innenpolitik mit. Diese verkündet einen sogenannten Staatsislam und damit die in Deutschland vom Grundgesetz aus-

drücklich verbotene Einheit von Religion und Staat. Erdogan hat klargemacht, dass er Integration in der logischen Schlussphase der „Assimilation“ als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ ansieht. Er fordert gar die hier lebenden Türken auf, türkische Interessen stärker in Deutschland durchzusetzen. Das ist eine Bedrohung unseres Landes, der sich die politische Klasse zu stellen hat. Der Schriftsteller Ralph Giordano hat nach unserer Auffassung recht, wenn er die Integration der Muslime in Deutschland für „ausdrücklich gescheitert erklärt.“ Giordanos Warnungen vor einer schleichenden Islamisierung Deutschlands gilt es ebenso ernst zu nehmen, wie die von ihm bemängelte „falsche Toleranz“ bei der Ahndung von Straftaten ausländischer Jugendlicher.